

## Vom Aussitzen zum Hoppla-hopp: Verkehrspolitik im Schweinsgalopp

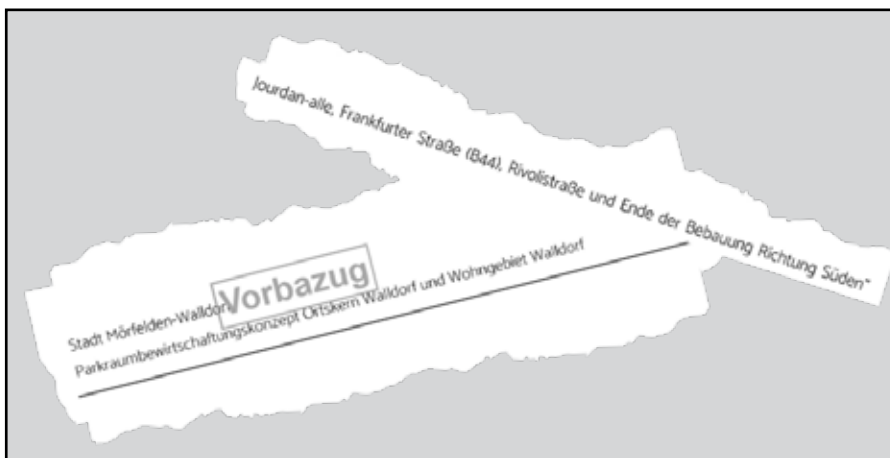
Wenn unsere Überschrift ein wenig an Fastnacht erinnert, so ist das nicht ganz ungewollt. Seit Jahrzehnten gibt es in Mörfelden-Walldorf die Debatte um Parkraum. Besonders in den Ortskernen war Parken schon immer problematisch. Getan wurde nicht viel, die Sache wurde einfach ausgesessen. Wie ist die Lage? Die Auto-Lobby hat dafür gesorgt, dass Autos immer unentbehrlicher und immer größer werden, und dass die Leitlinien der Bundespolitik jahrzehntelang den ÖPNV zugunsten des Autoverkehrs vernachlässigten. Die Deutsche Bahn hat über ebenso lange Zeit das Schienennetz „in der Fläche“ vergammeln lassen und hat heute schier unüberwindliche Probleme, Pendler von Mörfelden-Walldorf nach Frankfurt und zurück zu bringen. Nächstes Jahr soll sogar die gesamte Riedbahnstrecke für fast 6 Monate komplett gesperrt werden. Was Wunder, wenn sich viele - trotz sanften Drucks - nicht von ihrem Auto trennen können. In Mörfelden-Walldorf gibt

es nach neuesten Schätzungen um die 20.000 Autos. Schon beim Einkaufen und beim Facharztbesuch ist man hier, besonders im Stadtteil Mörfelden, ohne Auto praktisch aufgeschmissen. Jetzt aber haben sich zwei gesucht und gefunden, die das Problem energisch angehen: Die Grünen und die Schwarzen. Die beiden ungleichen Partner haben sich in der merkwürdigsten Koalition zusammengefunden, die unsere Stadt seit den 80ern gesehen hat. Was bringen sie mit in diese Ehe? Die Grünen haben ihre „Verkehrswende“ im Sinn, die am Ort hauptsächlich darin besteht, Parkplätze zu vernichten. Die Logik: Weniger Parkplätze – weniger Autos. Aber: Auch Elektroautos brauchen Parkplätze. Die CDU hingegen ist traditionell eine Partei, die zutiefst von der Wunderwirkung des „Marktes“ überzeugt ist und zudem einen Hang zu „law and order“ hat. Der zeigt sich unter anderem in der Aufrüstung unserer Stadtpolizei und in der Verschärfung von Satzungen, die sich mit

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Aufforstung? Aber doch nicht bei uns.

So schrieben wir im blickpunkt 622 / Januar 2023. Unser Wald ist in einem katastrophalen Zustand. Die Auswirkungen des Auguststurms 2019 und der extremen Trockenheit der letzten Jahre sind gerade im Winter klar und weithin sichtbar. Manches Waldstück, das im Sommer noch dicht und lebendig aussah, entpuppt sich nun als dürrer Baumstreifen, durch dessen karges Geäst man schon die nächste Straße, Autobahn, Eisenbahnlinie, das nächste Siedlungs- oder Industriegebiet sehen kann – oder den nächsten Kahlschlag. Schmerzlich wird klar, dass unser Wald nur noch ein immer kleiner werdender Flickenteppich ist, zerschnitten durch immer breiter werdende Schneisen, entwaldete Flächen, Kiesgruben und Verkehrsbauten. Die „Aufräum“-Arbeiten in unseren Wäldern laufen. Überall verwandeln Harvester den von Sturm und Trockenheit in die Knie gezwungenen Wald in riesige Holzstapel, die am Wegesrand aufgeschichtet sind. An eine Wiederaufforstung ist nach einer Mitteilung von HessenForst zunächst nicht gedacht (Originalzitat: „Ob hier Wiederaufforstungen betrieben werden, entscheidet sich in den nächsten Jahren“). Dass für die neue Schnellbahntrasse entlang der A5 noch zusätzlich einiges an Wald in Mörfelden-Walldorf abgeholzt werden muss, ist bekannt. Aber immer, wenn irgendwo Bäume gefällt oder Flächen versiegelt werden, muss auch ein Ausgleich geschaffen werden. Die Planungen der Deutschen Bahn, die man auf der Website: [frankfurt-mannheim.de/umweltschutz.html](http://frankfurt-mannheim.de/umweltschutz.html)



*Eine „Rivolistraße“ gibt es in Paris, aber nicht in Walldorf. Dieses Konzept wurde erkennbar unter Zeitdruck zusammengeschrieben. Warum die Eile?*

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

der „öffentlichen Ordnung“ beschäftigen. Diese grün-schwarze Melange hat sich nun in den Kopf gesetzt, das lange liegen gelassene Problem in kürzester Zeit zu lösen.

Dazu hat sie eine „Parkraumbewirtschaftung“ im Sinn, die vor allem darauf ausgerichtet ist, den Einwohnern Geld aus der Tasche zu ziehen. Um dem Ziel schnellstens näherzukommen, wurde nun ein Planungsbüro angeheuert, das ein „Parkraumbewirtschaftungskonzept“ für beide Stadtteile ausgearbeitet hat. Das ging hopplahopp, denn offenbar will man Tatsachen schaffen, noch bevor die Einwohnerschaft in einer Anwohnersammlung gehört werden kann. Schon am 9. März wurde das Konzept in einer Sondersit-

zung des „Ausschusses für Planen, Bauen und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf vorgestellt“ Der Termin wurde auf Bitte des Planungsbüros kurzfristig um eine Woche vorgezogen – offenbar ist man dort bei Terminplanungen nicht so fit. Den Konzepten sieht man an, dass sie unter Zeitdruck entstanden sind:

Sie enthalten Fehler schon in der Überschrift („Vorbazug“) und falsche Straßennamen („Jourdan-alle“, „Rivoli-straße“). Zudem standen den Planern offenbar nur unzureichende Daten zur Verfügung (Zitat: „Es ist nicht abschätzbar, wie hoch der Anteil Berufstätiger im „Homeoffice“ während der Erhebung war“), und die Untersuchungen fanden zu Zeiten statt, die nicht reprä-

sentativ waren. Wie auch immer das weitergeht – eines ist jetzt schon klar: Eine wirkliche Lösung des Problems kann es unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen nicht geben. Auf was die Sache hinausläuft, ist eine „Lösung“ auf dem Rücken der Betroffenen.

Parkraumbewirtschaftung heißt Abmarkieren von Parkplätzen, was regelmäßig zur Verkleinerung der vorher verfügbaren Parkfläche führt (siehe Jourdanallee und Schulgasse). Und es heißt Extragebühren für Anwohner (Jahresgebühr für Anwohnerparken, jedoch ohne Parkplatzgarantie) und Parkgebühren für Nicht-Anlieger. Hinterher wird man wahrscheinlich sagen müssen: Außer Spesen nichts gewesen.

Fortsetzung von Seite 1

einsehen kann, klingen alle erstmal sinnvoll. Nur findet keine davon auf der stark betroffenen Gemarkung von Mörfelden-Walldorf statt. Der zuständige Projektleiter erklärte bei einem Ortstermin auf Nachfrage, dass man Kontakt mit der Stadt aufgenommen habe, aber von der Verwaltung keine Flächen angeboten wurden. Ein offensichtlicher, grober Widerspruch:

Auf der einen Seite stark geschädigter Wald, der großflächig und ohne Plan zur Wiederaufforstung abgeholzt wird. Auf der anderen Seite die Deutsche Bahn auf der Suche nach Kompensationsflächen. Dabei hält sie, bildlich gesprochen, in der einen Hand ein Bündel Geld und in der anderen ein Bündel Setzlinge. Warum will man diese sich geradezu aufdrängende „Synergie“ nicht nutzen? Wir stellten einen Antrag: „Der Magistrat wird beauftragt, umgehend ein Kataster der Stadtwald-Flächen zu erstellen, die infolge von Sturm, Trockenheit und nachfolgender Kalamitätsnutzung durch die Forstbehörde weitgehend entwaldet sind. Diese sind der DB AG als Ausgleichsflächen anzubieten.“ Der Antrag wurde von den Grünen und der CDU abgelehnt. Begründung: Man habe keine geeigneten Flächen. Die wenigen Grundstücke, die sich für eine Ersatzaufforstung eignen, benötige

man für „eigene Projekte“. Dass man für solche „Kompensationsmaßnahmen“ nicht nur Wiesen- und Ackerflächen nutzen kann, sondern auch geschädigte Waldgebiete – davon wollten unsere Stadtoberen nichts wissen. Genau das steht aber in den „Hinweisen für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen im Wald“, herausgegeben vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 21.07.2009: „Auch im Wald können naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen im Sinne der Eingriffsregelung (...) durchgeführt werden.“ Nun ja, so wurde daraufhin eingewendet, aber nicht der gesamte Wald innerhalb der Gemarkung Mörfelden-Walldorf gehört auch der Stadt. Einiges davon ist Staatswald und einige Teile gehören den Gemeinden Trebur oder Nauheim. Aber macht es

denn einen Unterschied, ob Treburer Bäume auf Mörfelden-Walldorfer Gebiet für einen stabilen Grundwasserspiegel sorgen, oder ob wir von Nauheimer Bäumen produzierten Sauerstoff einatmen? Egal, wie die Besitzverhältnisse sind - der Wald um unsere Stadt bildet ein einziges zusammenhängendes Ökosystem. Die letzten Jahre wurde doch großes Aufhebens von der Entwicklung der „interkommunalen Zusammenarbeit“ gemacht, viele Beschlüsse wurden gefasst und von „Fortschritten“ war die Rede. Hier kann man das doch mal praktisch anwenden! Oder haben die Rathäuser von Trebur und Nauheim keinen Telefonanschluss? Die platte Ablehnung unseres Aufforstungs-Antrages kann und darf jedenfalls nicht das letzte Wort der Stadtverwaltung sein.



Unser Wald verwandelt sich in riesige Holzstapel, die am Wegesrand aufgeschichtet sind. Eine Aufforstung ist nicht in Sicht. Alle Jahre einen „Baum des Jahres“ zu pflanzen kann nicht genügen.

## Rückzahlung von Verwarnungsgeldern – eine Aushebelung des Rechtsstaats?

Schweres Geschütz wurde in der Stadtverordnetenversammlung bei unserem Antrag aufgeföhren, die in der „Knöllchenaktion“ in der Mörfelder Altstadt einkassierten Verwarnungsgelder zurückzuerstatten. Das sei ja nun ein ganz schlechtes Signal. Wir hätten ein „gestörtes Verhältnis zur Stadtpolizei“, weil wir sie als „Geldeintreiber“ verunglimpft hätten. Und wir wollten gar den „Rechtsstaat aushebeln“. Auch die SPD „bekam ihr Fett weg“, weil sie sich erdreistete, unserem Antrag zuzustimmen. Nun sagt man ja, dass der/diejenige klar im Vorteil ist, der/die lesen kann. In unserer Antragsbegründung stand dieser Satz: „Anstatt die Stadtpolizei als „Geldeintreiber“ einzusetzen, wäre es angebracht gewesen, den Ermessensspielraum der Verwaltung zu nutzen und die Anwohnerinnen und Anwohner

auf die Probleme der Parksituation anzusprechen.“ Wer hat also ein „gestörtes Verhältnis zur Stadtpolizei“ – wir oder vielmehr diejenigen, die die (weisungsgebundenen) Stadtpolizist:innen mit einem solchen Auftrag losgeschickt haben, anstatt vorher erstmal mit den Anwohnern zu reden? Und was die „Aushebelung des Rechtsstaats“ betrifft, so trifft dieser Vorwurf auch eher auf die Stadtverwaltung zu. Denn so genau kennen sich die Verantwortlichen offenbar auch nicht mit Recht und Gesetz aus. Sonst wüßten sie, dass der § 56 des „Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten“ eine Verwarnung o h n e Verwarnungsgeld ausdrücklich zuläßt. Da kommt schnell der Verdacht auf, dass es gar nicht um die Lösung eines Parkproblems ging, sondern nur darum, aus dem Parkplatzmangel Geld herauszuschlagen.

Zudem stellt die „Knöllchenaktion“ als Ganzes möglicherweise einen Verstoß gegen den § 58 (2) des „Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten“ dar. Dort ist vorgeschrieben, dass „bei bestimmten Ordnungswidrigkeiten im Hinblick auf ihre Häufigkeit und Gleichartigkeit eine möglichst gleichmäßige Behandlung angezeigt ist“. Die Häufigkeit und Gleichartigkeit der vorgeworfenen Parkverstöße in der Mörfelder Altstadt ist nicht bestreitbar. Die Grün-Schwarze Koalition selbst räumt ein, dass „die Politik in unserer Stadt über Jahrzehnte weggeschaut und sich dieser Probleme nicht angenommen (hat)“. Also waren die vorgeworfenen Verstöße „häufig“. „Gleichartig“ waren sie offensichtlich auch, denn es ging angeblich immer um die 3.05 m „Restfahrbahnbreite“, die nach „gängiger Rechtsprechung“ beim Parken an engen Stellen frei bleiben soll. Also hätte es eine „gleichmäßige Behandlung“ geben müssen. Das war jedoch nicht der Fall. Manche Fahrzeuge wurden „aufgeschrieben“, manche nicht. Manche Einwohner und Einwohnergruppen haben durch spontanen Protest die Rücknahme von Verwarnungen erreicht, andere haben gezahlt. Wir halten jedenfalls die Begründung der Ablehnung unseres Antrages für nicht rechtmäßig. Die Stadtverwaltung wäre gut beraten, die Sache trotz des abgelehnten Antrages nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern die verteilten Verwarnungen nachträglich in solche ohne Verwarnungsgeld umzuwandeln. Vielleicht hilft ja auch hier die bekannte Anwaltskanzlei in Wiesbaden, die unseren Stadtoberen schon öfter juristische Hintertürchen aufgezeigt hat, wenn sie wieder mal politisch in der Klemme saßen ...

### Geht doch.



Im letzten „blickpunkt“ schrieben wir:

„Viele Mörfelder haben sich schon schwarz (oder grün) geärgert. Man hat etwas amtliches zu erledigen, will schnell mal zum Stadtbüro – und es ist geschlossen. Ein Zettel fordert auf, man möge doch bitte das Stadtbüro Walldorf aufsuchen (beim heutigen Zustand des Bahn- und Busverkehrs eine Zumutung für Leute, die nicht mit dem Auto fahren wollen oder können).“ Wir fragten: „Wann genau ist die Schließung vorbei und das Stadtbüro wieder offen? Will man auf der einen Seite den Einwohner:innen nahelegen, auf Fahrten mit dem Auto zu verzichten, sie auf der anderen Seite aber nötigen, sich in den anderen Stadtteil zu begeben, wenn sie „aufs Rathaus“ müssen?“

Das hat wohl gewirkt: Seit 2. März ist das Stadtbüro Mörfelden wieder geöffnet. Den einschränkenden Zusatz „bis auf weiteres“ hat man in der Mitteilung weglassen. Das läßt hoffen...

**Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.**

**DANKE!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG  
IBAN DE37508525530009003419**

## Solidarität mit den Erdbebenopfern in Syrien und der Türkei

Die Bilder und Meldungen aus dem Katastrophengebiet machen betroffen. Die Zahl der Opfer ist unbegreiflich. Da uns zahlreiche Anfragen erreichen, wie man gezielt helfen kann, veröffentlichen wir hier unser Spendenkonto.

Wir rufen zu Spenden für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien auf. Den Einsatz der Mittel stimmen wir mit unseren Schwesterparteien in den betroffenen Gebieten ab, damit das Geld möglichst zielgenau vor Ort eingesetzt werden kann. Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das unten genannte Konto:

Solidarität mit den Erdbebenopfern  
Depremzedelerle dayanışma  
التضامن مع ضحايا الزلازل  
Piştgiriya mexdûrên erdhejê  
Solidarity with the victims of the earthquakes  
Spendenkonto DKP-Parteivorstand  
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS  
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01  
Verwendungszweck: Erdbebenhilfe

## Schon wieder! Queerfeindlicher Angriff in Frankfurt

Am 11. Februar hat sich in Frankfurt erneut ein queerfeindlicher Angriff ereignet. Nachdem einer der zwei Täter eine 36-jährige respektlos behandelt und verbal angegriffen hatte, verließen das Opfer und ihre 19-jährige Begleitung zur Konfliktvermeidung die queere Szenebar. Die Täter gingen den beiden nach und schlugen auf die Opfer ein. Noch konnten die Täter nicht gefasst werden. Der Angriff ist nur ein weiterer in einer Reihe von Angriffen auf die queere Community in Frankfurt, die zeigen wie viel Gewalt und Diskriminierung queere Personen immer noch ausgesetzt sind. Der Angriff auf Drag Queen „Electra Pain“ und auf die Drag Queens „Ophidia Scales“ und „Ember Remember“ Anfang letzten Jahres in Frankfurt sowie der Angriff auf einen Trans\*mann beim CSD in Münster im August 2022, bei dem das Opfer schließlich seinen Verletzungen erlag machen klar, dass man sich im „fortschrittlichen“ Deutschland als queere Person noch immer nicht offen

zeigen kann. Auch hier in Mörfelden-Walldorf sieht man erste Ausläufer dieses immer stärker werdenden Hasses: im letzten März wurde in das Büro der Schulsozialarbeit der Bertha von Suttner Schule eingebrochen und ausschließlich die dort hängende Regenbogenfahne gestohlen. Von Regierungsseite tut sich nichts. Am Beispiel des immer noch nicht abgeschafften menschenrechtswidrigen Transsexuellengesetzes, das die Änderung von Namen und Geschlechtseintrag für Trans\*personen praktisch unmöglich macht, beweist die Bundesregierung eindrücklich, wie wenig sie queere Themen interessieren. Wir solidarisieren uns mit allen Opfern solch diskriminierender Gewalt. Wir werden auch dieses Jahr wieder auf vielen CSDs vertreten sein. Wenn du dich also gemeinsam mit uns gegen solche Gewalt einsetzen möchtest, melde dich bei uns oder komm zu einem unserer CSD-Stände in Frankfurt, Mainz oder Darmstadt. Fiona Beyermann

## Eströtet vom Bahndamm: Schlimmer geht immer

Zur Zeit ist es noch schwieriger mit der Bahn Richtung Frankfurt oder Goddelau-Riedstadt zu fahren, als es schon die ganze Zeit war. Es fährt keine S-Bahn. Es gibt nach dem Sonderfahrplan einen stündlichen Regionalexpress. Leider haben diese Züge oft Verspätungen oder fallen aus. Mit dem Schienenersatzverkehr kann man zur Straßenbahnhaltestelle am Stadion oder an den Hauptbahnhof fahren. Da muss man eine gute halbe Stunde Fahrzeit und Verspätungen einplanen. Die andere Variante mit dem Bus über den Flughafenbahnhof nach Frankfurt zu fahren ist genauso beschwerlich. Auch hier fährt wegen einer anderen Weichenbaustelle keine S-Bahn, sondern nur ein stündlicher Regionalzug. Man darf auch kein Fahrrad im Zug mitnehmen, was das Weiterkommen vom Bahnhof noch zusätzlich erschwert. Das ganze Baudrama der Bahn scheint beim Blick in die Zukunft nicht zu enden. Für die Stellwerkbaustelle zwischen dem Stadion und Niederrad sind mehrere Jahre eingeplant. In 2024 soll die gesamte Riedbahnstrecke nach Plan 5 Monate gesperrt werden. Es soll, sobald alle Planungen stehen, die Anbindung der neuen ICE-Trasse zwischen Zeppelinheim und Walldorf realisiert werden. Das Terminal 3 wird mit einer neuen Station an die S-Bahnlinie S7 angeschlossen. Dazu muss die Gleisführung umgelegt werden. Es ist eine Sperrung des Citytunnels in Frankfurt zum Umbau der Gleise vorgesehen. Man fragt sich, warum man jetzt Gleisbauarbeiten zwischen Mörfelden und Groß-Gerau/Dornberg machen muß, wenn nächstes Jahr die Strecke sowieso für fast ein halbes Jahr gesperrt werden soll? Geht das denn nicht „in einem Aufwasch“? Kein Wunder, dass viele Einwohner von Mörfelden-Walldorf nur noch trocken loslachen können, wenn man ihnen etwas von „Verkehrswende“ und „Auto stehen lassen“ erzählt.

# DKP kandidiert zur hessischen Landtagswahl

Die Deutsche Kommunistische Partei hat beschlossen, zur hessischen Landtagswahl am 08. Oktober 2023 mit einer Landesliste zu kandidieren. Zwei der 25 Kandidatinnen und Kandidaten kommen aus Walldorf, einer aus Mörfelden.

Die DKP galt bei Landtagswahlen lange als nicht wählbare Partei. Viele dachten: Sie erreicht sowieso nur Null-komma-kaum-etwas Prozent der Stimmen, also ist meine Stimme verloren. Deshalb wählten viele zähneknirschend die SPD – und wurden bitter enttäuscht. Manche sahen in den Grünen eine Chance für die Zukunft. Aber auch ihre Wahl führte nicht zu den Veränderungen, die sie versprochen hatten.

In der DKP war man bei der letzten Landtagswahl der Meinung, dass man besser fahren würde, wenn man nicht selbst kandidiert. Man wollte stattdessen die Linkspartei unterstützen. Aber dieser Weg hat sich als nicht gangbar erwiesen. Es bleibt dabei: Wenn man die eigenen Grundsätze im Landtag vertreten will, dann muss man auch selber kandidieren.

Der Gesetzgeber hat für eine Partei, die neu in den Landtag möchte, hohe Hürden geschaffen. Die Kandidatur muss mit den Unterschriften von 1.000 wahlberechtigten Bürgern des Landes Hessen eingereicht werden. Die Unterzeichner müssen einwilligen, dass ihre Wahlberechtigung überprüft wird.

## Jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt

Die Kommunistinnen und Kommunisten werden in den nächsten Monaten diese Unterstützungs-Unterschriften sammeln. Auch wenn wir nicht auf Anhieb den Einzug in den Landtag schaffen, so ist es dennoch notwendig, in der arbeitenden Bevölkerung die Politik der DKP zu erläutern und dem Zerrbild entgegenzuwirken, das viele von

den Zielen einer Kommunistischen Partei haben. So ist zum Beispiel kaum noch bekannt, dass die Hessische Landesverfassung 1946 maßgebend von der damaligen KPD mit ausgearbeitet und von ihr unterzeichnet wurde. Diese Verfassung berücksichtigte mehr als die meisten anderen die Interessen der arbeitenden Menschen, wurde aber im Lauf der Jahre mehr und mehr verwässert.

Das unterstreicht die Notwendigkeit des Wiedereinzugs von Kommunistinnen und Kommunisten in den Hessischen Landtag.

Jede Weltreise beginnt mit dem ersten Schritt, sagt ein Sprichwort. In diesem Sinne werden die Mitglieder und Freunde der DKP auch in Mörfelden-Walldorf mit der Vorbereitung der Landtagswahl beginnen.

## Nachlese zur Fastnacht : „Neue Sicherheitsvorschriften“ Ausrede oder Spaßbremse?

Fastnacht in Mörfelden. Buntes Treiben rund um den „Dalles“ und entlang der Route des Straßenumzuges. Auch die DKP/LL war mit einem Fastnachtsstand dabei und feierte den Umzug der Sandhasen. Das Motto: „Lieber Bier-Kriesch als Welt-Kriesch - Nicht nur an Fastnacht“. Aber fast hätte der Umzug nicht stattfinden können. Neue Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften für Abspermaßnahmen hatten eine Verkürzung und Änderung des Zugverlaufes zur Folge. Neuerdings müssen bei einer Zugroute alle Einmündungen von Nebenstraßen aufwendig gesperrt werden – und davon gibt's in der Altstadt viele. Deswegen mußte die gesamte Mörfelder Altstadt mit der Langgasse als „Fastnachts-Hauptstraße“ gestrichen werden. Die Sandhasen mußten für diese Maßnahmen tief in die Tasche greifen, um überhaupt noch den

Umzug stattfinden zu lassen. Das ist ein Unding. Hier muss rasch eine Lösung gefunden werden. In 8 Monaten steht der nächste Umzug an – der Kerwe-Umzug. Damit der wie

schon seit jeher durch die Altstadt ziehen kann und die Vereine nicht mit hohen Zusatzkosten belastet werden, sollte die Stadtverwaltung mal scharf nachdenken.





## In Langen tut sich was

Nicht nur in den umliegenden Großstädten gab es am vergangenen Freitag Klimaproteste. Auch in unserer Nachbarstadt Langen kamen 120 Menschen zusammen und demonstrierten gemeinsam vom Bahnhof zum Rathaus. Wir waren dabei.

Bei bestem Wetter ging es kämpferisch los. Die Organisator:innen stimmten uns Teilnehmende mit einer kurzen Rede ein. In dieser wurde auch schon ein erstes wichtiges Thema angesprochen: Der öffentliche Nahverkehr (kurz „die Öffis“) muss ausgebaut und kostenlos werden.

Mit wehenden Fahnen und kreativen Schildern – etwa „Kurzstreckenflüge nur für Insekten“ oder „Mit dem Klima ist es wie mit Cola – ist es warm, dann ist es scheiße“ – ging es dann los in Richtung Rathaus. Gemeinsam wurden wir laut. Mit Demorufen wurde dem eigenen Ärger auf Politiker:innen und auf die Umwelt verschmutzende Konzerne Luft gemacht. Besonders eindrücklich war

das Fronttransparent „People not Profit“ – „Menschen statt Profit“. Hier wurde der antikapitalistische Tenor der Demo klar gemacht.

Auch am Rathaus ging es mit einem starken Programm weiter. Besonders wichtig: Die Rodung des Langener Bannwalds durch die Firma Sehring. 20 Hektar Bäume sind diesem Vorhaben schon zum Opfer gefallen, weitere 40 sollen noch folgen. Das entspricht einer Fläche von 90 Fußballfeldern. Ein Sprecher des Aktionsbündnisses Langener Bannwald machte darauf aufmerksam, dass diese Zerstörung der Umwelt auch von den Grünen im hessischen Landtag mitbeschlossen wurde. Genau wie bei der Rodung des Dannenröder Forstes und des Fechenheimer Waldes – beides auch von den Grünen mitbeschlossen - zeigt die Grüne Partei wieder ihr eigentliches Gesicht. Bei ihnen zählen wirklich nur Profite, Klimaschutz ist schon längst kein grünes, sondern nur noch ein rotes Thema. Denn

## Kreide als Vandalismus?

In Darmstadt, genau wie in vielen anderen Städten in Deutschland, kommt es zu sexuellen Übergriffen auf Frauen. Häufig bleiben diese Übergriffe unbemerkt, geschehen in alltäglichen Situationen oder fernab von anderen Menschen, die den Opfern zur Hilfe kommen könnten. Catcalling ist nur eine Form von Belästigung, der sich Frauen\* immer wieder ausgesetzt sehen. Hierbei machen der oder die Täter unerwünschte Kommentare, Gesten, sie hupen oder pfeifen dem Opfer hinterher. Auch anhaltende sexuelle Annäherungen oder unerwünschte Berührungen im öffentlichen Raum gehören dazu. So steht es auf Instagram bei @catcallsodarmstadt zu lesen. Doch Catcallsodarmstadt hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Übergriffe sichtbar zu machen. Mit Kreide oder Sprühkreide werden Berichte von Situationen oder Zitate von Tätern auf öffentliche Plätze geschrieben, gut sichtbar und nicht zu ignorieren. So können sich die Betroffenen selbst von Wut, Hilflosigkeit und

Ohnmacht befreien. Oder die Mitglieder von Catcallsodarmstadt tun es stellvertretend für die Betroffenen.

Durch das kreiden auf politische Aktionen aufmerksam zu machen, ist bei vielen Organisationen politische Praxis. Auch Fridays for Future und wir von der SDAJ machen davon Gebrauch, wie ihr vielleicht schon hier auf unseren Social media Accounts sehen konntet. Nicht umsonst heißt es doch in einem alten Sprichwort, dass man einer Person etwas „ankreidet“, wenn man sie kritisieren will.

Diese gute und wichtige sowie kostengünstige und für so ziemlich jeden durchführbare Praxis soll nun in Darmstadt als „außerordentliche Verschmutzung des öffentlichen Raums“ gelten. Obwohl Kreide und auch Sprühkreide ganz einfach vom Regen weggewaschen oder durch Wasser entfernt werden können, stellen die Nachrichten laut der Stadt Darmstadt eine „Verschandelung des öffentlichen Raumes dar“, welcher man besonders

nur durch Überwindung des Kapitalismus und durch die Abkehr von Profit als Grundlage für Entscheidungen kann die Umwelt nachhaltig geschützt werden.

Wir sagen: Weiter so Fridays for Future Langen! Wir werden uns auch weiterhin an euren Protesten beteiligen, denn auch in kleineren Städten muss auf die kritische Lage und das Versagen der Politik in Bezug auf den Klima- und Umweltschutz aufmerksam gemacht werden.



Mit dabei: Die Stadtverordneten der DKP/LL, Fiona Beyermann und Dietmar Treber

im Sommer, in dem es ja bekanntlich seltener regnet, vorbeugen wolle. Wir finden: Schwachsinn!

Sollen jetzt auch Kinder, die sich auf dem Bürgersteig künstlerisch betätigen, kriminalisiert werden? Wir solidarisieren uns mit @catcallsodarmstadt und allen politischen Gruppen, deren Arbeit dadurch erschwert und sogar kriminalisiert wird. Bereits zwei Verfahren seien deswegen eingeleitet worden, so die Stadt. Auch der Hinweis, die Nachrichten stattdessen auf privaten Grundstücken anzubringen und die Eigentümer vorher zu fragen, bringt den Organisationen nichts. Gerade das Anbringen der Nachrichten auf öffentlichen Plätzen schafft den Opfern von sexueller Belästigung und Missbrauch, die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Und sie schärft die Wahrnehmung derjenigen, denen diese Übergriffe andernfalls nicht auffallen würden.

Wir finden: solche Übergriffe verschandeln die Stadt schlimmer, als es Kreide jemals könnte.

# Wir unterstützen den Ostermarsch

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands in der Ukraine zeigt wie unter einem Brennglas, dass die auf das Recht des Stärkeren setzende Politik der Regierenden nicht in der Lage ist, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Die Fortsetzung dieser Politik eskaliert die Situation weiter mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges und des Einsatzes von Atomwaffen. Daher sind verstärkte Forderungen für Verhandlungslösungen und für eine multilaterale Weltfriedensordnung dringend erforderlich. Wir brauchen eine grundsätzliche Wende hin zu einer strikt zivilen und international solidarischen Politik! (...)

## Stoppt die Aufrüstung Deutschlands und der NATO

Eine große Mehrheit im Bundestag nutzt den Krieg als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm, mit dem Deutschland einen der weltweit größten Rüstungsetats haben wird. Besonders die Anschaffung der atomwaffenfähigen Kampfflugzeuge erhöht die Gefahr

eines nuklearen Krieges; diese ist derzeit höher als im Kalten Krieg. Deutschland fungiert als Drehscheibe bei der Verteilung von Waffen an die Ukraine und als Ausbildungsort für die ukrainischen Soldaten und wird damit immer stärker Kriegspartei. (...)

## Internationale Zusammenarbeit statt Konfrontation

(...) Wir stehen auf der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, zum Beispiel durch zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion oder Kriegsdienstverweigerung. Alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, müssen Schutz durch humanitäre Visa und Asyl finden.

## Kommt mit zum Ostermarsch und fordert mit uns:

- Eine sofortige Waffenruhe im Ukraine-Krieg und Verhandlungen für Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit
- Die Eskalation der Waffenlieferungen stoppen. Jetzt!
- Stopp der militärischen Aufrüstung Deutschlands, stattdessen Geld für Bil-



dung und Soziales

- Keine neuen Mittelstreckenraketen nach Europa und die Auflösung des für deren Einsatzleitung vorgesehenen US-Hauptquartiers in Wiesbaden
- Die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Büchel
- Klimaschutz und globale Gerechtigkeit durch umfassende internationale Kooperation

## Abrüsten statt aufrüsten

Den vollständigen Text findet man unter [frankfurtmain.vvn-bda.de/ostermarsch-aufruf-2023-kriege-beenden-den-frieden-gewinnen/](http://frankfurtmain.vvn-bda.de/ostermarsch-aufruf-2023-kriege-beenden-den-frieden-gewinnen/)

## Einsparung bei der Kläranlage: Da war viel mehr "drin".

In der Presse wird aus dem Haus der Stadtwerke berichtet, dass durch die neue überarbeitete Umbauvariante der Kläranlage 5,3 Millionen Euro Baukosten Einsparpotenzial möglich seien. Das klingt erst mal gut. In der Task-Force, bestehend aus Fachleuten der Stadtwerke, Betriebskommission, Bauamt, Verwaltung und Planungsbüro, wurden sinnvolle gute Lösungen gefunden, die für unsere Kläranlage und Stadt angemessen sind. Dabei wurden unnötige Redundanzen\* verringert, Luxusausführungen auf Betriebsstandard reduziert, alte bestehende Einrichtungen und Gebäude integriert und nicht erneuert. Alles in allem wird eine gute Schadensbegrenzung, soweit noch möglich, durchgeführt.

Der bittere Beigeschmack: Ein recht großer Teil der hohen Kosten von jetzt über 55 Millionen Euro hätte eigentlich schon vorher verhindert werden können. Die alte Koalition (SPD, FW, FDP)

hätte damals vor der Zustimmung zum Bau der Schlammentwässerung und anderer Kernbestandteile der Anlage eine solche Prüfung durchführen lassen können. Dazu gab es mehrere Anträge der damaligen Opposition (CDU, GRÜNE, DKP/LL). Des Weiteren war da eine Bürgerinitiative mit Fachleuten, die mehrfach an verschiedenen Stellen zur Überdenkung der Ausführungen geraten hatte. Es gab sogar einen Widerspruch durch den Bürgermeister, der jedoch von der damaligen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung überstimmt wurde. Zum nächsten Schritt, einer Beanstandung, die den Skandal vor das Verwaltungsgericht gebracht hätte, mochte sich der Bürgermeister dann doch nicht aufraffen.

Bei einer direkten Prüfung und entsprechender Umplanung vor der Vergabe von großen Aufträgen wären einige Bauausführungen deutlich minimalistischer und mit weniger Aufwand durchgeführt

worden. Man hätte noch mehr Kosten einsparen können, weil es zu deutlich weniger unnötigen Nachtragskosten gekommen wäre.

Da wären zu dem Einsparpotenzial von heute noch einige Millionen zusätzlich möglich gewesen. Man stellt sich hier die Frage: Warum zieht man nicht die Verantwortlichen dieser ursprünglichen Wahnsinnsplanung, die teilweise zur Ausführung kam, zur Verantwortung? Es wurde hierbei in so manch einer Sache gegen geltendes Recht verstoßen, und manchmal wurden bewusst Grauzonen betreten. Warum spielt man das jetzt herunter, nach dem Motto: „Es ist halt jetzt so und kann nicht rückgängig gemacht werden“? Es geht hier schließlich um viele Millionen, die die Einwohner\*innen unserer Stadt mit den Abwassergebühren bezahlen müssen.

*\*Vorhandensein mehrerer gleichwertiger Geräte und Einrichtungen*

# Stadtgeschichten



Mörfelden wurde im „Lorscher Reichsurbar“ von 830 bis 850 unter der Bezeichnung „Mersenualt“ erstmals erwähnt. Im Mittelalter gehörten die umliegenden Wälder zum Wildbann Dreieich, in dem es zur Hege des Wildes und der Pflege des Waldes dreißig „Wildhuben“ gab, die oft Keimzellen späterer Dörfer wurden. Eine dieser Wildhuben befand sich in Mörfelden, in der S-Kurve der heutigen Langgasse. Als „Wildhube“ wurde ein Bauernhof oder ein Landgut bezeichnet, dessen Eigentümer, der „Hübner“, die Verpflichtung hatte, die kaiserlichen oder königlichen Jagdrechte im Wildbann zu wahren. Die Hube wurde als Lehen vergeben, der Besitz war erblich. Die Rechtsverhältnisse des Wildbannes waren in einem „Wildbannweistum“ festgehalten. Dieses wurde am 7. Mai 1338 auf Veranlassung von Kaiser Ludwig dem Bayern auf dem Maigericht in Langen beurkundet. Dort heißt es unter anderem: „Niemand soll in dem Wildbann jagen, als ein Kaiser und ein Vogt von Minzenberg, und wer sonst jaget, der hat eine Hand verloren, und den soll der Forstmeister richten“. Als Pflicht der Wildhübner ist überliefert, dass auf jeder Hube Wohnhaus, Scheune und Hundestall zu bauen waren. Für eine gelegentlich vorkommende Übernachtung des Kaisers und seines Gefolges in der Wildhube musste auch hinreichend Weizenstroh zur Verfügung gestellt werden. Als Gegenleistung standen dem Hübner die Reste der kaiserlichen Tafel zu - Nahrungsmittel für ihn und sein Gesinde für acht Tage. Tatsächlich haben deutsche Kaiser die Burg in Mörfelden besonders im 11. Jahrhundert als Übernachtungsort genutzt. Der Grund: Die Nähe zu Frankfurt, dem Wahl- und Krönungsort der deutschen Kaiser. Später wurde das Gebäude als „Burg und Schenkstatt“ bezeichnet. Im Jahr 1968 wurde Mörfelden zur Stadt erhoben. Das damalige Modewort hieß „Urbanisierung“. Man machte sich daran, den dörflichen Charakter wegzubetonieren. Der Mühlbach wurde unterirdisch verrohrt und verwandelte sich in die Straße „An der Unterpforte“. Die historischen Häuser „Im Eck“ mussten weg. Auch die Wildhube wurde abgerissen, angeblich, um die S-Kurve der Langgasse begradigen zu können. Die S-Kurve gibt es heute noch. Nur anstelle des historischen Gebäudes, das man zu einem touristischen Anziehungspunkt hätte restaurieren können, steht jetzt ein Wohnblock mit Ladenzeile. Was Stadtplanung betrifft, hatte schon die damalige Verwaltung wenig Phantasie.



## OAT- Offenes Antifaschistisches Treffen 17.03. / 18:00 Uhr

Wir treffen uns jeden 3. Freitag im Monat im Kulturbahnhof KuBa in Mörfelden. Wir wollen eine Anlaufstelle für alle jungen Menschen in dieser Stadt sein, die sich gegen rechtes Gedankengut stellen wollen.



## Unser UNIVERSUM - unendliche Weiten. 30.03. / 20:00 Uhr

### Ein Vortrag von und mit Gerd Köllner

In den letzten 100 Jahren wurden einige Wissenslücken über unser beobachtbares Universum geschlossen.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:



## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der geheert uff de  
Watz geschnallt un  
in de Ohrewald  
gejaacht.